

Riefaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckort: Riesa, den 5. September 1924.

Das Riefaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postkonton: Dresden 1330
Strolache Riesa Nr. 52.

Nr. 208.

Freitag, 5. September 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Riefaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Kote. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 33 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Spalten) 25 Gold-Pfennige; die 29 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, keine Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Uchthäufige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegerin oder der Vertriebsanstalten — hat der Bezahler einen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langen & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Die Völkerbundsberatungen in Genf

Die gestrige Nachmittags-Sitzung.

Genf. Die gestrige Nachmittags-Sitzung, die 4 Uhr begann, wurde mit einer Rede des Polen-Strömungs eröffnet. Er sprach von den Teilungen Polens, dem in der Geschichte ein schweres Schicksal beklieben war. Polen ist bereit, in der Abrüstungsfrage mitzumachen und den Garantievertrag anzunehmen, solange die Sicherheit der Staaten und die Solidarität der Völker nicht verwirrt wäre. Das Schiedsgericht müßte obligatorisch sein. Erforderlich wäre die völlige Unabhängigkeit des Richters. Es müßte ihm ein von allen Ländern garantiertes Belegbuch als Unterlage dienen. Der Völkerbund habe den Grundstein gelegt, auf dem weitergebaut werden könne.

Genf. Im weiteren Verlaufe der Nachmittags-Sitzung ergriß noch das Wort Charlton-Australien, der auf die dringende Notwendigkeit hinwies, daß die diesjährige Völkerbundsversammlung etwas Positives in der Abrüstungsfrage leiste. Diese Aufgabe sei freilich sehr schwer, solange sich eine große Anzahl von Staaten noch außerhalb des Völkerbundes befinden. Man könne sogar fragen, ob in dem letzten Zeitpunkt die Vereinigten Staaten, Deutschland, Rußland und die Türkei bereit seien, dem Völkerbund beizutreten, selbst wenn sie eingeladen würden. „Ich bin“, so sagte der Redner hinzu, „vollständig einverstanden mit dem Vorschlag, den Macdonald gemacht hat, an Deutschland im Laufe dieser Tagung eine Einladung zu senden zu lassen. Nachdem das Abkommen über die Reparationen abgeschlossen worden ist, glaube ich, daß Deutschland bereit sein wird, Mitglied des Völkerbundes zu werden.“ Charlton blühte die von Macdonald angeregte Einberufung einer Weltkonferenz über die Abrüstungsfrage, für welche der Augenblick jetzt gekommen sei.

Der Holländer Kornebeck erklärte, die Niederlande waren bereit zur Verwirklichung der Idee des Völkerbundes beizutragen und in der Abrüstungsfrage mitzuwirken. Seine Regierung bedauere die vorgeschlagene Lösung der Garantiefrage nicht zustimmen zu können. Die Niederlande hätten das größte Vertrauen zum Völkerbund. Der Völkerbundsvertrag genüge, eines besonderen Garantievertrages bedürfte es nicht. Artikel 12 des Statuts ist der Eckstein und gebe die Möglichkeit, Kriege zu vermeiden. Wenn der Völkerbundsvertrag den Krieg nicht verhindern kann, dann werde es schwerlich ein Garantievertrag tun.

Der dänische Ministerpräsident Stauning, vom Präsidenten Motta feierlich begrüßt, hielt seine Rede in seiner Muttersprache. Er lobte den Völkerbund als Verwirklichung des Friedens insbesondere und teilt Macdonalds Hoffnung, daß alle Staaten ihm beitreten werden.

Die Sitzung wurde um 6 Uhr geschlossen. Heute Freitag beginnt die Sitzung bereits 10 Uhr. Als erster Redner wird wahrscheinlich der französische Ministerpräsident das Wort ergreifen.

Zur Rede Macdonalds.

Schon die ersten Berichte über die große Rede, die Macdonald am Donnerstag vormittag in Genf vor dem Völkerbunde gehalten hat, geben ein lebendiges Bild sowohl von dem außerordentlichen oratorischen Erfolge des englischen Ministerpräsidenten als auch von der starken politischen Bedeutung seiner Ausführungen. Uns Deutsche interessiert naturgemäß an erster Stelle das Wort, mit dem Herr Macdonald den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund forderte, sowie die Verbindlichkeit, die Herrriot beim Beisatzflaktischen an dieser Stelle entwickelt haben soll. Aber es ist ja keine Überraschung, daß die Weiden auf diesem Standpunkt stehen, und jedermann weiß auch, welches die wesentlichen Bedingungen sind, von denen die deutsche Reichsregierung ihre Zustimmung abhängig macht. Mit größerer Spannung wurde die Stellungnahme Macdonalds zu den Fragen der Friedenssicherung erwartet; er hat sie nach den bisherigen Berichten zu schätzen, sehr deutlich und ohne Rücksicht auf die entgegenstehenden Auffassungen der Franzosen zum Ausdruck gebracht. Unmissverständlich nannte er den Garantievertrag, der auf militärischer Gewalt beruht, einen Keim zu neuen Kriegen und präzisierete scharf die Weigerung der englischen Regierung, sich an einem unbestimmten Vertrage zu beteiligen. Um so begreiflicher legte sich der englische Premier für den Gedanken des internationalen Schiedsgerichts und für eine Schiedsgerichts-konferenz ins Zeug, die noch in diesem Jahre stattfinden müßte. Mit diesem starken Vorstoß scheint Herr Macdonald seine französischen Freunde einigermassen überrumpelt und ganz gewiß nicht enttäuscht zu haben; und es wird diesen nur ein schwacher Trost sein, daß er wenigstens eine allgemeine Abrüstungskonferenz als zum Mißerfolg verurteilt ablehnte. Ein starkes Argument für seinen Schiedsgerichts-vorschlag war dem England der Satz, daß man Angriffs- absicht und Kriegsschuld mandamental erst nach 50 Jahren feststellen könne. Ist das bereits die Antwort auf den deutschen Protest gegen die Kriegsschuldfrage?

Die Rede Macdonalds über die Sicherheitsfrage machte auf die Versammlung sichtlich tiefen Eindruck, wenn auch in den Kommentaren in den Wandelgängen darauf hingewiesen wird, daß wirklich präzisierete Vorschläge noch fehlen. Die Absichten der englischen Regierung, wie sie aus der Rede sich ergeben, werden folgendermaßen festgelegt: Anstatt des Garantievertrages des Völkerbundes, der nur militärische Sicherungen gegen angreifende Staaten ohne sofortige Abrüstung vorbestimmt, will Macdonald durch eine internationale Konferenz, auf der auch Amerika,

Deutschland und Rußland vertreten sind, das Abrüstungsproblem direkt angehen. Parallel mit der Abrüstung soll ein allgemeines Schiedsverfahren in Kraft treten, das anstelle der militärischen Sicherungen des Garantievertrages zu setzen wäre. Dabei soll der unveränderte Völkerbundsvertrag die Grundlage bilden, sowie die Satzungen des Internationalen Ständigen Gerichtshofes, insbesondere die bisher von seiner Großmacht unterzeichnete Klausel, wonach sich die Mittelsstaaten des Völkerbundes bereit erklären, die obligatorische Schiedsklausel zu unterzeichnen. Die Modalitäten einer Verallgemeinerung des obligatorischen Schiedsverfahrens unter gewissen Voraussetzungen und Abwägungen würden die Hauptaufgabe der vorbereitenden Arbeiten sein. Die Mitarbeit des Völkerbundes bestünde darin, daß er sofort eine Kommission ernenne, die diese Frage unter Berücksichtigung des anderen bisher vorliegenden Materials zu seinen Vorschlägen erstelle, die dann der internationalen Abrüstungskonferenz, die in Europa stattfinden soll, zu unterbreiten wären. Das einzuschlagende Verfahren wäre also folgendes: Ernennung einer Kommission, die noch in dieser Tagung der Völkerbundsversammlung ihre Arbeiten abschließt, Annahme ihrer Vorschläge durch die Völkerbundsversammlung, Prüfung dieser Vorschläge durch die einzelnen Regierungen, Einberufung einer internationalen Konferenz spätestens in einem Jahre.

Sehr lebhaft wurde begrüßterweise auch der Satz in der Rede Macdonalds über Deutschlands Eintritt in den Völkerbund kommentiert, um so mehr, als bereits seit Beginn der Versammlung Gerüchte über Sondering in dieser Frage umliefen. Die Frage, die man sich also allgemein stellt, ist die, ob eine Fühlungnahme mit der deutschen Regierung den Vorlesungen Macdonalds vorausgeht. Faktisch werden ferner von einigen Delegationen Macdonalds Ausführungen über die Feststellung der Verantwortung eines angreifenden Staates genannt, die man als eine höchst bemerkenswerte Aufhebung zur Schuldfrage bezeichnen und die bei verschiedenen Delegationen eine gewisse Aufregung hervorriefen.

Auch die direkte Anrede an die neu geschaffenen Staaten, die er vor wertvollen und betrügerischen Verträgen warnte, fand scharfe Beachtung. Sie wurde als deutliche Einpielung auf die Sonderverträge, die verschiedene kleine und mittlere Mächte abgeschlossen haben, empfunden und auf das lebhafteste besprochen.

Wiel bemerkt wurde auch eine Wendung in der Rede Macdonalds, in der er die Entscheidung des Völkerbundes in der oberflächlichen Frage als einen Irrtum bezeichnete, um hinzuzufügen, daß dem allerdings andere Leistungen des Völkerbundes gegenüberstehen, die ihm Anhänger erwerben könnten.

Pressstimmen zur Macdonaldrede.

London. (Funkpruch.) Daily Herald schreibt zur gestrigen Genfer Rede Macdonalds, keine Maschinen zur Verhinderung von Kriegen werde arbeiten, wenn nicht die Völker der Welt dafür sorgen. Jedes Land und besonders die Arbeiterbewegung jedes Landes müsse nicht nur der Lösung folgen: Wie wieder Krieg! Sondern es müsse eine unablässige Propaganda zu diesem Zweck geführt werden, die die wirtschaftlichen Ursachen des Krieges aufdecke.

London. (Funkpruch.) Daily News zieht einen Vergleich zwischen Macdonalds Genfer Rede und der vom russischen Gewerkschaftsvertreter Tomski in Hull gehaltenen und kommt zu dem Schluß, der britische Premierminister ermahne nicht die Welt, das Massenbewußtsein zu stärken und die Gegenläufe innerhalb der Völker zu vergrößern, sondern er schlage vor, das Weltbewußtsein zu stärken, gemeinsame Rechte und gemeinsame Interessen anzuerkennen und unparteiisch zu urteilen. Die Entwicklung der Macht des Völkerbundes durch Schiedsgericht und Abrüstung wird langsam voran gehen, aber unendlich schneller und sicherer als nach dem Vorschlag des russischen Vertreters.

Vor der großen Rede Herrriots.

Genf. Ueber die Rede, die Herrriot heute über das Problem der Sicherheit halten wird, erfährt man, daß Herrriots Rede nicht im Gegensatz zu der Rede Macdonalds stehen, sondern ihre notwendige Ergänzung sein werde. Ueber die Auffassung in französischen Kreisen zu der von Macdonald angeworbenen Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund verläutet, daß die französische Delegation sich mit dem Grundgatz, daß der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund wünschenswert ist, einverstanden erklären werde. Der Eintritt Deutschlands könne sich auf Grund eines Ausnahmegerichts und auf Grund von Artikel 1 des Völkerbundsstatutes vollziehen, in dem eine Garantie über die Innehaltung der übernommenen internationalen Verpflichtungen und der militärischen Bestimmungen gefordert wird.

Morgen gemeinsame Sitzung der französischen und englischen Vertreter.

Paris. (Funkpruch.) Wie der Genfer Sonderberichterstatter des „Zeit Journal“ zu melden in der Lage sein will, werden am Sonnabend die französische und die britische Delegation zu einer gemeinschaftlichen Sitzung zusammenzutreten, um die großen Fragen eines allgemeinen Programms festzulegen. Dieser bedeutamen Zusammenkunft werde ein gemeinsames Essen folgen, bei dem beide Premierminister Reden halten würden.

Weitere Meldungen aus Genf.

Genf. (Funkpruch.) Der französische Ministerpräsident Herrriot gab gestern in seinem Hotel ein großes Diner, an dem die französische Delegation, das Präsidium der Völkerbundsversammlung, die Führer der Delegationen, Vertreter des Völkerbundssekretariates, die Spitzen der französischen Kolonie usw. teilnahmen.

Genf. (Funkpruch.) Mac Adoo, der Schwiegersohn Wilsons, besuchte gestern die Völkerbundsversammlung und stattete dem Präsidenten Motta einen Besuch ab. Motta sprach Mac Adoo die Dankbarkeit der Schweiz und des Völkerbundes dem verstorbenen Präsidenten Wilson gegenüber aus.

Genf. (Funkpruch.) Das „Journal de Geneve“ will wissen, daß die Diskussion der Woffallfrage vor dem Völkerbund langwierig sein wird und daß eine Entscheidung nicht vor der nächsten Tagung des Völkerbundes zu erwarten sein wird.

Österreich und der Völkerbund.

Wien. Die in Wien weilenden Delegierten des Völkerbundes haben ihre Erhebungen abgeschlossen. Die Ausarbeitung des Berichtes wird in Genf beendet werden, wohin die Delegierten gestern abreisten. Die österreichische Regierung wird die Fertigstellung des Berichtes abwarten und dann eine Delegation unter Führung des Außenministers und des Finanzministers nach Genf entsenden. Die wichtigsten Fragen, wie des Kredits und der Modifizierung der Kontrolle, werden also in Genf behandelt werden. Man hofft, daß durch die Entscheidung die österreichischen politischen Momente berichtigt werden. Der Bundeskanzler Dr. Zeipel kam gestern aus dem Erholungsheim in das Bundeskanzleramt, um einige Angelegenheiten im Zusammenhang mit der Entsendung der Delegation zu besprechen.

Dr. Stresemann und die Räumungsfrage.

Berlin. Reichsaussenminister Dr. Stresemann wird seinen Urlaub auf die Zeit von 14 Tagen beschränken und dann nach Berlin zurückkehren, weil er der Meinung ist, daß die außenpolitischen Fragen seine längere Abwesenheit von Berlin nicht dulden. Dr. Stresemann nimmt an, daß nach der Beendigung seines Urlaubes die Koblenzer Verhandlungen der Reichsregierung und der deutschen Länder mit der Rheinlandkommission soweit vorgeschritten, wenn auch vielleicht nicht völlig abgeschlossen sein werden, daß ein Ueberblick über die erreichten Ergebnisse möglich ist. Von der Entwicklung dieser Verhandlungen werden die weiteren außenpolitischen Schritte der Reichsregierung sehr wesentlich abhängen. Dr. Stresemann will sein gegebenes Versprechen, daß die Londoner Vereinbarungen nicht das Ende, sondern nur den Anfang einer aktiven Außenpolitik zur Befreiung der besetzten Gebiete darstellten, durchaus einlösen, und würde für den Fall, daß in Koblenz befriedigende Ergebnisse nicht erzielt würden, persönlich eingreifen, um bei den beteiligten Regierungen im Sinne der deutschen Forderungen vorzulegen zu werden. Ebenso dürfte sich nach Ablauf dieser Zeit herausstellen, ob die französische Regierung loyal den Sinn und Wortlaut ihrer Zusage in bezug auf die wirtschaftliche und militärische Räumung der Dortmundzone erfüllt hat. Dr. Stresemann hat, wie aus unternichteten politischen Kreisen mitgeteilt wird, seinen Zweifel daran gelassen, daß er in jedem Fall, wo eine Verletzung dieser Zusage vorliegen würde, sofort die nachdrücklichsten Vorstellungen erheben würde. Er hält es jedoch nicht für angezeigt, bereits vorher auf das deutsch-nationale Drängen nach einem Abbruch der Verhandlungen einzugehen und sich auf die Vorstellungen der deutschen nationalen Presse hin zu äußern, als seien die jetzt beantragten Termine eine Verletzung der Vereinbarungen. Man rechnet in politischen Kreisen damit, daß bei Beginn der neuen Reichstagssitzung eine Erklärung der Reichsregierung im Plenum über die schwedenden außenpolitischen Fragen erfolgen wird. Nötigenfalls soll bei besonderer Dringlichkeit der Auswärtige Ausschuss des Reichstages bereits früher einberufen werden.

Zum Abbau der Zollkontrolle.

Koblenz. In Ergänzung zu der Meldung über den Abbau der interalliierten Zollkommission erfahren wir noch, daß das Ein- und Ausfuhramt seine Tätigkeit für den Handelsverkehr zwischen dem besetzten und dem unbefestigten Gebiet einstellen wird. Es bleibt also nur noch seine Tätigkeit für die Ein- und Ausfuhr nach dem Auslande bestehen.

Berlin. Gemäß Bekanntgabe der Befehlshaberbehörden wird vom 10. September ab die Zollhebung an der Ostgrenze des besetzten Gebietes entfallen. Zu Kauf- und Ab-laufbewilligungen für Eisenbahnfahndungen zwischen dem unbefestigten und dem besetzten Gebiete sind von diesem Tage ab nicht mehr erforderlich.

Im Eisenbahnverkehr mit dem Auslande durch das besetzte Gebiet tritt vorläufig eine Aenderung nicht ein.

Der Fernflug des Amerika-Zepplins voraussichtlich Montag.

Wie aus Friedrichshafen berichtet wird, hat der gestrige Probelauf der Maschinen ergeben, daß sämtliche Motoren störungsfrei arbeiten. Der große Fernflug des Luftschiffs nach Norddeutschland wird voraussichtlich am nächsten Montag angetreten werden.